

Abkommen mit der Schweiz: Was verdienen durch „Steuerschlawiner“, OÖ: Nachrichten, 18. April 2012

OÖN Textarchiv 18.04.2012

Abkommen mit der Schweiz: Was verdienen (durch) Steuerschlawiner?

Das vergangene Woche unterzeichnete Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Österreich fordert das Gerechtigkeitsempfinden vieler steuerehrlicher Bürger heraus.

Eine Steueramnestie kommt dann der Allgemeinheit zugute, wenn es gelingt, Hinterziehungsvolumen zu besteuern, welches sonst unentdeckt geblieben wäre. Dies dürfte im konkreten Fall gegeben sein, denn das schweizerische Bankgeheimnis erweist sich für die österreichischen Steuerbehörden trotz aller Unkenrufe als sehr schwierig zu knacken.

Durch den Entfall der Prüfungstätigkeit der Einzelfälle kommt es zudem zu einer kostenlosen Eintreibung für den österreichischen Fiskus. Die nicht zu unterschätzenden Kosten der Eintreibung – vor allem die Umstellung der EDV – fallen alle bei den Schweizer Banken an. So muss das Schlaraffenland einer Finanzbehörde aussehen.

Andererseits verliert die Finanzbehörde natürlich auch Einnahmen aus den Strafen, die sich bei Überführung der einzelnen Hinterzieher ergeben würden, und sie riskiert, das kollektive Steuergewissen einer ganzen Gesellschaft zu schwächen. Der fiskalische Alptraum! Was verführt bei dieser Abwägung mehr: moralische Vergeltung oder materieller Trieb?

Empört zeigt man sich, weil die Steueramnestie zu einer niedrigeren Besteuerung führt als die reguläre. Das ist aber bei Amnestien immer so. Es geht ja darum, einen Anreiz zu schaffen, um nicht regulär besteuertes Kapital einer freiwilligen Nachbesteuerung zu unterziehen. Ohne einen monetären Anreiz würde man erneut versuchen, der Besteuerung zu entgehen. Im Vergleich zu einer regulären Besteuerung sind die vergangene Woche vereinbarten Steuersätze als attraktiv zu bezeichnen. Eine Selbstdeklaration dürfte nur in bestimmten Fällen noch billiger kommen.

Vergleicht man die Steuersätze mit Steueramnestien anderer Länder, kann nicht von einer billigen Lösung gesprochen werden. Das schweizerisch-österreichische Abkommen enthält aber unübliche Elemente wie die Wahrung der Anonymität und keine Pflicht zur Repatriierung der Gelder.

Falls das Finanzministerium wirklich eine Milliarde Euro Steuereinnahmen generiert, würde dies theoretisch einer Verminderung der Steuerrechnung jedes österreichischen Steuerpflichtigen um rund 160 Euro für das Jahr 2013 entsprechen. Daraus folgt die Gretchenfrage: Würde der geneigte Leser die 160 Euro nehmen oder darauf verzichten und lieber aus Prinzip eine – wenn auch wenig erfolgversprechende – Verfolgung der Steuerhinterzieher bevorzugen?

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management und Dekan der SoWi-Fakultät der Uni Linz.

Das Steuerabkommen mit der Schweiz fordert das Gerechtigkeitsempfinden vieler steuerehrlicher Bürger heraus.“